

Europa unter Spannung

Autor(en): **Gubler, Hans Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 12

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-515546>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Europa unter Spannung

Die Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten (Terror durch IS) stellen Europa und die NATO vor enorme Herausforderungen. Erstmals seit Jahrzehnten wird die territoriale Ordnung auf dem Kontinent infrage gestellt; zugleich droht in der europäischen Nachbarschaft ein Flächenbrand der Gewalt.

Hans Peter Gubler, Redaktor ASMZ

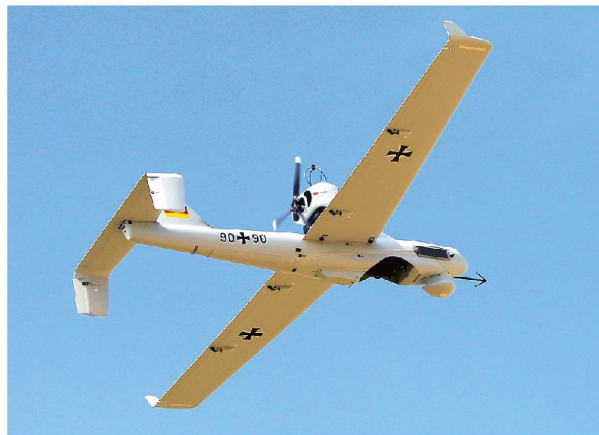
Unter dem Motto «Europa unter Spannung» wurde an der diesjährigen Handelsblatt-Konferenz «Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie» in Berlin Mitte Oktober 2014 über die aktuellen sicherheitspolitischen Themen orientiert. Wichtige Fragen wurden mit den Hauptakteuren der europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik sowie mit Vertretern aus der Rüstungsindustrie diskutiert. Hauptthemen waren:

- Die Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten;
- Auswirkungen der laufenden Krisen auf Verteidigungshaushalte und Streitkräftereformen;
- Aktuelle Herausforderungen und Risiken für die NATO;
- Zukunftsperspektiven der europäischen Rüstungsindustrie;
- Diskussion über künftige Bedeutung Unbemannter Luftfahrzeuge;
- Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz.

Zur Krise in der Ukraine

Die Annexion der Krim und die mit russischer Unterstützung geführten Kämpfe in der Ostukraine haben überwunden geglaubte Spannungen zwischen Russland auf der einen Seite und der EU sowie den USA auf der andern Seite neu ausgelöst. Trotz intensiven diplomatischen Bemühungen belastet der Konflikt die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die zunehmend auch unter den verhängten Sanktionen leiden. Bisher zeichnet sich kein Ausweg aus der verfahrenen Lage ab. In der Diskussionsrunde wird mehrfach auf die aktuelle Bedeutung der OSZE hingewiesen, der im Moment am ehesten eine Rolle zur Lösung dieses Konflikts zugemutet wird. Ausgeschlossen werden eine direkte Intervention der NATO sowie Waffenlieferungen an die ukraini-

schen Streitkräfte. Zudem wird klar festgehalten, dass dieser Konflikt mit militärischen Mitteln nicht gelöst werden kann. Von deutscher und europäischer Seite



Die Bundeswehr plant den Einsatz von Aufklärungsdrohnen zur Unterstützung der OSZE bei der Überwachung der Krisenregion Ostukraine; im Bild die Drohne «Luna». Bilder: Autor

wurde mehrmals auf die allgemein gute Arbeit der Schweiz beim aktuellen Krisenmanagement in der Ukraine hingewiesen. Die Bedeutung der OSZE wird auch durch die deutsche Absicht bekräftigt, ab 2016 selber die Präsidentschaft dieser Organisation zu übernehmen. Als Hauptaufgaben im Hinblick auf eine schrittweise Lösung der Ukraine Krise sind vorgesehen:

- Ein umfassendes Monitoring durch Aufstockung des Personalbestandes der OSZE und eine umfassende lückenlose Überwachung der Krisenregion, unter anderem auch mit dem geplanten Einsatz von Aufklärungsdrohnen;
- Kontrolle und Überwachung der Menschenrechte;
- Verstärkter politischer Druck auf die Konfliktparteien.

Unterdessen haben Deutschland und Frankreich der OSZE ein Einsatzkonzept für eine Überwachung mit Aufklä-

rungsdrohnen über der Ostukraine vorgelegt. Gemäss Planungen der Bundeswehr sollen nebst 200 Soldaten für Bedienung, Logistik und Schutz auch mindestens zwei Drohnensysteme «Luna» für diese Mission vorgesehen sein. Wie weit die Meinungen über die Wirkung, respektive Aufhebung der gegenüber Russland ausgesprochenen Sanktionen auseinander gehen, zeigte sich bei den anschliessenden Diskussionen. Auf der einen Seite die Vertreter der deutschen Wirtschaft, die auf eine rasche Aufhebung der Sanktionen hoffen und auf den bereits feststellbaren, markanten Rückgang der Exporte im Maschinenbau und bei den Autos hingewiesen haben, und auf der anderen Seite der Aussenminister Litauens, der die russischen Aggressionsabsichten in den Vordergrund stellte und noch weitergehende Sanktionen verlangte.

Krisenregionen in Nahost und Nordafrika

Drei Jahre nach dem Beginn des Arabischen Frühlings versinken verschiedene Regionen in blutigen Konflikten. In Syrien, Libyen und dem Irak bedrohen die laufenden Auseinandersetzungen und Kampfhandlungen den Fortbestand ganzer Staaten. Trotz Bekämpfung mit Luftkriegsmitteln rätselt der Westen weiterhin, mit welcher Allianz und mit welchen Mitteln er auf die enormen Herausforderungen in Europas unmittelbarer Nachbarschaft reagieren soll. Niemand glaubt aber heute daran, dass der Vormarsch der IS-Kämpfer mit Luftkriegsmitteln alleine erfolgreich bekämpft werden kann. Unter anderem wird darauf hingewiesen, dass der seinerzeit hochgelobte Luftkrieg gegen Libyen, der ohne Mitteleinsatz am Boden stattgefunden hatte, unterdessen

zu einer äusserst prekären Sicherheitslage auf dem ganzen Staatsgebiet geführt hat. Dies hat heute schwerwiegende Auswirkungen auf die Sicherheitslage in den Nachbarstaaten sowie einen unkontrollierbaren Waffentransfer nach Schwarzafrika.

Zur Erhöhung der Verteidigungsbudgets

Anlässlich ihres Gipfeltreffens in Wales vom vergangenen September hatte die NATO nebst einer Verstärkung und Flexibilisierung der Einsatzkräfte auch intensiv über eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Bündnisstaaten debattiert. Gegenwärtig tragen die USA mit einem Anteil von 3,8% des BIP rund 75% der NATO-Militärausgaben. Einmal mehr wurde die Forderung laut, die Militärausgaben auch in den europäischen Partnerarmeen auf rund 2% der Wirtschaftsleistung anzuheben. Dieses Ziel steht allerdings noch in weiter Ferne; immerhin wollen elf NATO-Staaten (ohne Deutschland) einen verbindlichen Zeithorizont zur Aufstockung der Militärausgaben setzen. In Deutschland sind beispielsweise die Verteidigungsausgaben zwischen 1990 und 2010 von 2,8% auf nur noch 1,4% des BIP geschrumpft. Trotzdem wird vorerst auf eine Erhöhung verzichtet; die deutsche Politik will sich aber für eine beschleunigte Modernisierung (Erhöhung der Investitionen) sowie auf eine verstärkte Kooperation im europäischen Rahmen (Pooling und Sharing) einsetzen.

Nachdenken über Neuausrichtung der Bundeswehr

Eine Korrektur der ab 2010 eingeleiteten Neuausrichtung, respektive Reform der Bundeswehr (siehe ASMZ 12/2010) ist gemäss Vertretern aus dem deutschen Verteidigungsministerium unabdingbar. Denn die Streitkräfte seien in den letzten Jahren allgemein zu stark auf die Stabilisierung von Konfliktregionen (beispielsweise auf dem Balkan und in Afghanistan) ausgerichtet worden. Mit dem Grundsatz der Neustrukturierung «Breite vor Tiefe» sei zudem ein falsches Bild suggeriert worden. Gemäss heutiger Definition sollte die Bundeswehr eine Armee für alle möglichen Szenarien sein; sie habe heute von allem etwas, aber könne nichts richtig machen. Ergo sei die Bundeswehr nicht mehr durchhaltefähig. Dies



Ende November 2014 ist das erste Transportflugzeuge A400M «Atlas» an die Bundeswehr ausgeliefert worden; geplant war eine Einführung ab 2010.

sei neben der mangelnden Finanzausstattung einer der Hauptgründe für die aktuellen Probleme bei den Rüstungsprojekten. Was soll geändert werden: Die Bundeswehr soll künftig nicht mehr sämtliche der heute definierten militärischen Fähigkeiten beherrschen können. Sie soll sich auf spezielle Qualifikationen konzentrieren, die sie dann im Verbund mit Partnernationen (EU oder NATO) in eine Mission einbringen kann. Bezüglich Streitkräfteplanung heisst dies so viel wie Schwerpunkte setzen, sei dies bei den Fähigkeiten, aber auch bei der Bewaffnung und Ausrüstung. Gleichzeitig wird sowohl von politischer als auch militärischer Seite auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen leistungsfähigen europäischen Armee hingewiesen.

Die aktuellen Probleme bei den Bundeswehrprojekten

Von den über 1200 Rüstungsprojekten der Bundeswehr gibt es einige mit zum Teil erheblichen Abweichungen vom geplanten Zeit-, Leistungs- und Kostenrahmen. Auf die zunehmende Kritik hin, hat die deutsche Verteidigungsministerin eine umfassende Überprüfung der Projekte durch externe Beratungsfirmen angeordnet. Untersucht werden im Wesentlichen die folgenden Rüstungsprojekte:

- Schützenpanzer «Puma» von PSM;
- Transportflugzeug Airbus A400M;
- Waffensystem «Eurofighter»;

- Unterstützungshubschrauber «Tiger»;
- NATO-Transporthelikopter NH-90;
- Funkgerät SVFuA (verbundfähige Funkgeräteausstattung);
- Nachfolge UAV «Euro Hawk»;
- Fregatte F15;
- Luftverteidigungssystem MEADS.

Ziel ist es, eine umfassende Bestandsaufnahme und Risikoanalyse dieser zentralen Rüstungsprojekte durchzuführen und die Strukturen und Prozesse im Management auf den Prüfstand zu stellen, vollständige Transparenz für Politik und Öffentlichkeit herzustellen und notwendige Verbesserungen aufzuzeigen.

Wie der Vorstandsvorsitzende der Airbus Gruppe, Dr. Enders, am Beispiel des neuen europäischen Transportflugzeuges A400M «Atlas» aufzeigte, haben die gegenwärtigen Probleme bei den laufenden Rüstungsprojekten, die übrigens nicht nur Deutschland betreffen, verschiedene Ursachen, wie beispielsweise:

- Fehler beim Rüstungsmanagement mit meist gravierenden Auswirkungen auf den Zeitplan (z. B. beim Transportflugzeug A400M);
- Ständige Anpassungen verbunden mit zum Teil zu hohen technischen Anforderungen;
- Zu viele Einzelinteressen durch Einzelstaaten bei multinationalen Projekten (europäische Lösungen brauchen künftig klare Lead-Nationen);
- Einschränkungen beim Export: ohne Exportmöglichkeiten können sich die Rüstungsindustrien nicht weiter entwickeln, mit negativen Auswirkungen auch auf europäische Projekte (z. B. bei UAV-Programmen). ■